

Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsdruckerei
Tageblatt Riesa,
Groschenstr. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Riesauer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meissen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:
Dresden 1580,
Groschenstr.
Riesa Nr. 52.

Nr. 185.

Dienstag, 9. August 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2,14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Papiere und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundschriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Reflektierzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Beste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch eingezogene werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstündige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Vertriebsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Wiederholung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Rotationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Die Reichsregierung macht Schluß mit dem Terror.

Heute Notverordnung und neue Durchführungsbestimmungen zu erwarten.

Reichskanzler von Papen kündigt allerhöchste Maßnahmen gegen den Terror an.

11 Berlin. Der Reichskanzler hat sich nach seiner Rückkehr sofort mit den zuständigen Stellen der Reichsregierung und des Preussischen Staatsministeriums Vorträge über die in den letzten Tagen vorgekommenen Terrorakte gehalten. Er hat daraufhin sämtliche Reichsminister zu einer Ministerbesprechung am Dienstag vormittag nach Berlin berufen. Der Reichskanzler ist der Auffassung, daß den gegenwärtigen Zuständen unter brutaler Anwendung aller Machtmittel des Staates ein sofortiges Ende gesetzt werden muß.

Die Woche der Entscheidungen.

Herr von Papen war kaum vom Reichspräsidenten mit der Übernahme der Regierungsbildung betraut, als er sein Kabinett, von einigen Viden abgesehen, auf schon zusammengekommenen hatte und der ob solcher Fixigkeit überraschten Definitivität präsentierte. Er konnte es unzweifelhaft als ein nicht unwichtiges Attribut verbuchen, daß er den sonst fast zur Regel gewordenen Handel mit den Parteien über die Verteilung der Ministerstellen vermeiden und sich seine Mitarbeiter nach Maßgabe der Verantwortlichkeit, die sie zu tragen hatten, ausgesucht hatte.

Die außerordentliche Situation, vor der Anfang Juni Herr von Papen stand, und die außerordentlichen Mittel, von denen er mindestens wußte, daß sie ihm im entscheidenden Moment zur Verfügung stehen würden, ermutigten diese außerordentliche Lösung des Problems der Kabinettsbildung. Jetzt gilt es, aus dem Zustand des Außerordentlichen zurückzuführen oder zurückzuführen zu einem Zustand, der einmal als Normalzustand gelten können muß.

In diesem Augenblick sieht sich denn auch Herr v. Papen vor ungefähr den gleichen Schwierigkeiten, wie die meisten seiner Vorgänger. Allerdings; er steht außerhalb und oberhalb der Parteien und kann sich deswegen vielleicht um so zuverlässiger auf das Vertrauen des Reichspräsidenten stützen, der denn auch — wie man hört — entschlossen sein soll, die beiden Grundpfeiler des gegenwärtigen Kabinetts, Reichskanzler und Reichswehrminister, unter allen Umständen in das Kabinett mit hinüber zu nehmen, das sich Ende August dem Reichstag präsentieren soll.

Man darf, so scheint es, dies als Fundament aller Kombinationen und Berechnungen ansehen, die irgendeine ernsthafte Geltung für sich beanspruchen. Wenn von Kreisen her, denen alles an möglichst nachhaltiger Störung und Verwirrung der im Gang befindlichen Verhandlungen gelegen ist, Kombinationen lanciert werden, die schon genau erzählen, wie die Hohenzollernsche Monarchie wiederhergestellt werden und was für Belohnungen Hitler als Bannerträger für die Hohenzollern dann erhalten soll, so kann man über diese Märchenerzählungen unbesorgt zur Tagesordnung übergehen.

Etwas grundsätzlich anderes ist die Frage nach der Herstellung zunächst einmal einer bloßen, auch nur theoretisch tragfähigen Verhandlungsbasis zwischen Nationalsozialisten einerseits und dem Zentrum andererseits. Dabei bleibt es gänzlich unerheblich, ob man in Zentrumskreisen nur die Frage klären will, unter welchen Bedingungen man sich zur Tolerierung eines nationalsozialistisch orientierten Kabinetts von Papen entscheiden könne, oder ob man vielleicht doch noch die Frage einer unmittelbaren Beteiligung an der kommenden Regierung erörtert, was übrigens ziemlich unwahrscheinlich ist. Hierbei wird vielleicht von Bedeutung der Wechsel in der Leitung der Zentrumspartei sein, den die schwere Erkrankung des bisherigen Zentrumsführers, Prälaten Kaas, erzwingt. Es scheint, daß die Führung der Partei nicht in die Hände des an sich zweifellos dazu berufenen, aber physisch überanstrengten Reichskanzlers a. D. Brüning gelegt wird, sondern daß ein führender süddeutscher Zentrumspolitiker die Nachfolge des Prälaten Kaas antreten wird.

Es darf endlich nicht übersehen werden, daß auch die Deutschnationalen mit betonter Entschiedenheit den Standpunkt vertreten, es müßten auch sie in die bevorstehenden Besprechungen einbezogen werden. Man muß sich erinnern, daß der deutschnationalen Parteiführer Dr. Eugen Berg gerade in den letzten Tagen wieder eine seiner auf Amerika berechneten außen- und wirtschaftspolitischen Aktionen gestartet und damit einen nicht zu überhörenden Widerhall in den USA gefunden hat. Er wird sich damit vermutlich dem Reichskanzler von Papen in Erinnerung haben bringen wollen, eine Absicht, die mit dem Verlauf der Aktion durchaus erreicht sein könnte.

So wird im Laufe dieser Woche die Reichshauptstadt eine Fülle der prominentesten Politiker verkommen sehen, und die Wilhelmstraße dürfte eine selbst in diesen Tagen

Deutschland fordert Gleichberechtigung.

11 New York. Die „New York Times“ veröffentlichte den Inhalt einer Unterredung, die der Chef ihres Nachrichtenbüros, F. J. Birchall, in Berlin mit dem Reichswehrminister von Schleicher hatte. Der Reichswehrminister versicherte zunächst erneut, daß er jede Willkür diktiert ablehne und erklärte dann weiter:

Die Reichswehr ist das einzige unpolitische Machtmittel, das der Reichspräsident, die einzige Instanz in Deutschland, die sich auf eine klare Mehrheit des Volkes berufen kann, einzusetzen vermag. Die Reichstagswahlen haben gezeigt, wie schwer Deutschland heute zu regieren ist. Die radikalen Parteien, die Nationalsozialisten und die Kommunisten, haben den größten Erfolg gehabt. Man muß trotzdem bewundern, wie das deutsche Volk seine ungeheure Not noch ruhig und diszipliniert trägt. Dagegen darf man sich nicht darüber wundern, daß in Deutschland Parteioptionen entstanden sind, die sich gewaltig bekämpfen. Das ist nur dadurch möglich geworden, daß die Autorität des Staates durch den Versailler Vertrag untergraben worden sei.

Wir werden erst dann in Deutschland wieder vollständig stabile Verhältnisse haben, werden erst dann die Parteien und ihre Organisationen wieder vollständig dem Staat unterworfen werden können, wenn die deutsche Regierung ihrem Volk beweisen kann, daß sie die gleichen Rechte besitzt wie jeder andere Staat der Welt. Es gibt deshalb keine

wichtigere Frage für die deutsche Politik nach innen und nach außen als die der Gleichberechtigung. Die deutsche Regierung ist entschlossen, diese Frage in der nächsten Zeit zu lösen.

Keine deutsche Regierung werde eine Abrüstungskonvention unterzeichnen können, die Deutschland nicht in allen Dingen dieselben Rechte gebe wie allen anderen Staaten. Wenn man heute U-Boote, Bombenflugzeuge, schwere Geschütze und Tanks als Verteidigungsmittel bezeichnet: mit welchem Rechte wolle man sie dann Deutschland vorenthalten? Wenn Polen, sagte Schleicher, seine Landesgrenzen besetzen kann, mit welcher Begründung will man Deutschland diesen Schutz verbieten?

Daß Deutschland als einzige Großmacht nicht in der Lage ist, für seine nationale Sicherheit zu sorgen, ist ein unmoralischer und entwürdigender Zustand, den wir nicht länger dulden können. Entweder müssen die Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrages auf alle Mächte angewandt werden, oder man muß Deutschland das Recht zu billigen, sein Wehrsystem so umzubauen, daß es seine nationale Sicherheit gewährleistet.

Wir wollen die Sicherheit unserer Nachbarn nicht bedrohen. Wir unterstützen jede Abrüstungsmahnahme, aber wir verlangen auch für uns Sicherheit, Gleichberechtigung und Freiheit.

Berationalunion Reich—Preußen?

Bedenken der Bayerischen Volkspartei.

11 Berlin. Die Reichstagskorrespondenz der Bayerischen Volkspartei beschäftigt sich mit Gerüchten über eine grundsätzliche Vereinbarung zwischen dem Reichspräsidenten und Reichswehrminister v. Schleicher, wonach vor allem das Amt des preussischen Ministerpräsidenten und des Reichskanzlers in einer Person vereinigt werden sollen. Dieses Doppelamt solle neben dem Reichsinnenministerium den Nationalsozialisten zugeordnet werden sein, und zwar werde Adolf Hitler als Reichskanzler und preussischer Ministerpräsident genannt, Gregor Strasser als Reichsinnenminister. Die Korrespondenz der Bayerischen Volkspartei tritt diesen Gerüchten mit aller Schärfe entgegen. Sie ist der Auffassung, daß die Vereinigung des Amtes des preussischen Ministerpräsidenten und des Reichskanzlers in einer Person „eine im Widerspruch mit dem Wortlaut und Geiste der Verfassung stehende Reichsreform“ sei. Reichspräsident von Hindenburg habe schon früher in einer Unterredung ausdrücklich erklärt, daß er eine Reichsreform niemals mit Hilfe und auf dem Wege des Artikels 48 machen werde. Schon deshalb seien die Gerüchte unmöglich. Ferner weist der Artikel darauf hin, daß damit automatisch alle Parteien, die seinerzeit Hindenburg gewählt hätten, von vornherein und grundsätzlich von jeder Mitwirkung ausgeschlossen wären, was sicherlich dem Willen des Herrn Reichspräsidenten nicht entsprechen würde. — Diese parteiamtliche Äußerung der Bayerischen Volkspartei ist umso bedeutungsvoller, da diese Partei mit dem Zentrum befreundet ist, also auch zu den Parteien gehört, die man zur Wehrheitsbildung im neuen Reichstage braucht.

Die Nationalsozialisten fordern Regierungsführung.

11 Berlin. Der nationalsozialistische „Angriff“ stellt unter dem ausdrücklichen Hinweis darauf, daß es sich dabei nicht um seine Privatmeinung handele, erneut fest, daß die Nationalsozialisten es grundsätzlich ablehnen, in eine Regierung „hineingezogen“ zu werden, sondern daß sie verlangen, daß der Kurs ausdrücklich von ihnen bestimmt werde. Ein solches Kabinett der „Nachmänner“ werde abgelehnt. „Weigert man sich“, so schreibt das Blatt, „und die Regierungsführung zuzuerkennen, so gibt es für uns nur eine Antwort: Nichtsichtlosen Kampf.“ Im Interesse Deutschlands aber wäre es zu wünschen, wenn dieser Kampf vermieden werden könnte, und wir haben begründete Hoffnung, daß diese Einsicht auch auf der Gegenseite vorhanden ist.

Die Verhandlungen über die Regierungsumbildung.

11 Berlin. (Funkpruch.) Wie wir erfahren, begann die angekündigte Ministerbesprechung, die die Maßnahmen gegen die Terrorakte beschließen soll, mittags um 12 Uhr. Die Veröffentlichung der Verhandlung und der Notverordnung wird heute abend erfolgen. Die Reichsregierung wartet also nicht erst die morgige Rückkehr des Reichspräsidenten nach Berlin ab. Dem Reichspräsidenten wird vielmehr telephonisch Vorträge gehalten.

Nach dem bisherigen Entwurf sollen Sondergerichte für Berlin, die Provinzen Ostpreußen, Schlesien, Schleswig-Holstein und Brandenburg eingesetzt werden, zweifelhaft ist wohl noch Braunschweig. Eine solche bezirksweise Organisation entspricht der alten Notverordnung, auf die die neue Notverordnung zurückgeht.

Weiter verlautet in politischen Kreisen, daß die Notverordnung über die Strafverschärfungen die Todesstrafe für ganz bestimmte Fälle vorsehe, unter anderem bei Hochverrat, Brandstiftung, Herbeiführung von Explosionen und Überschwemmungen, Beschädigungen von Eisenbahnanlagen, Landesverrat und bestimmten schweren Fällen von Ausfälschungen.

Kußer der Todesstrafe sind aber auch bei den Freiheitsstrafen Verschärfungen beabsichtigt. Ueber die Einzelheiten entscheidet jedoch erst das Reichskabinett.

Die Pläne, die auf die Umbildung des Reichskabinetts abzielen, sind bisher noch nicht über Gespräche einer inoffiziellen Frühlingnahme hinweggegangen.

Die eigentlichen Verhandlungen werden erst nach der Rückkehr des Reichspräsidenten beginnen. Gleich noch seinem Eintreffen werden morgen der Reichskanzler — und über die außenpolitische Lage der Reichsaußenminister — dem Reichspräsidenten Vorträge halten. Ein Empfang von Parteiführern beim Reichspräsidenten ist nicht beabsichtigt.

Erhöhter Schutz des Regierungsviertels in Berlin.

11 Berlin. (Funkpruch.) Die Schutzpolizei, die im Regierungsviertel Dienst tut, ist gestern abend aus Sicherheitsgründen in erhöhten Alarmzustand versetzt worden. Sie wurde für die Nacht mit Karabinern ausgerüstet und erhielt besondere Anweisungen für ihren Dienst. Der erhöhte Alarmzustand beschränkte sich aber nur auf das Regierungsviertel innerhalb der Bannewitz. Im Laufe des heutigen Vormittags wurden die Anweisungen bereits zurückgezogen.

außerordentliche Gasse an politisch entscheidenden Vorkängen erleben. Man tut auf, den Blick auf diese Besprechungen durch keinerlei vorläufige Kombinationen verwirren zu lassen. Was Herr von Papen mit Hitler und seinen ihm begleitenden Mitarbeitern Gregor Strasser, Dr. Fritz Oberst, a. D. Dierl, was er mit Dr. Eugen Berg, was mit den maßgebenden Männern des Zentrums oder seinem funktionären Führer besprechen wird, dürfte durchaus auf der

Linie liegen, die er selbst und Herr von Schleicher in den verflochtenen Wochen oft genug gekennzeichnet haben. Entscheidend ist: das Ziel liegt — im Gegensatz zu den verflochtenen Wochen — nicht in der Gegend des Ausnahmezustandes, sondern genau entgegengesetzt. Ob es gelingen wird, auch nur die Richtung auf dieses Ziel einzuschlagen, daran wird sich das Schicksal Deutschlands für die nächste Zukunft entscheiden.